



FDP | 04.02.2016 - 11:30

---

## Freie Demokraten wollen Gymnasien unterstützen



Eine Änderung des Schulgesetzes soll Ungerechtigkeiten bei der Gymnasialplatzvergabe beseitigen. Wolfgang Greilich, schulpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im hessischen Landtag, betonte, dass dadurch das Elternwahlrecht gestärkt werden soll. Die Freien Demokraten haben einen Antrag eingereicht, der vorsieht, dass bei der Aufnahmeentscheidung eines Schülers auch die Eignung berücksichtigt wird.

Greilich stellte klar, dass nur dort, "wo aufgrund kommunalpolitischer Fehlentscheidungen oder aufgrund von unverschuldeten Engpässen im Gymnasialangebot im Einzelfall nicht alle Schüler ihre Wunschschule besuchen können", die Eignung der Schüler eine Rolle spielen soll. Der Freidemokrat betonte: "Unser Gesetzentwurf hat das Ziel, die Schulwahlfreiheit zu sichern."

Er warf den Schulträgern vor, es versäumt zu haben, "für ein bedarfsgerechtes Schulangebot zu sorgen". Das schwarz-grün regierte Frankfurt sei aus Greilichs Sicht "ein besonders krasses Beispiel." Die Freien Demokraten wollten allerdings die Ungerechtigkeit beseitigen, "dass die Gymnasien in solchen Fällen Schüler bevorzugen müssen, die nach der Einschätzung ihrer Grundschule für das Gymnasium gar nicht geeignet sind, während Kinder mit einer Gymnasialempfehlung an andere Schulen verwiesen werden", erläuterte er.

### Unterstützung von Verbänden

In der Anhörung des kulturpolitischen Ausschusses sei der FDP-Gesetzentwurf von den Verbänden unterstützt, die das Gymnasium und das begabungsgerechte, gegliederte Schulsystem im Rahmen der

---

Schulvielfalt erhalten wollen, erläuterte Greilich. Ablehnung kam hingegen von den Anzuhörenden, denen es nicht um die Wahlfreiheit der Eltern gehe, sondern um einen Übergang zum Einheitsschulsystem. Er verdeutlichte: "Ich finde es bedauerlich, dass sich die Union wie schon bei den Stellenkürzungen für die gymnasialen Oberstufen auf die Seite der Gegner des Gymnasiums gestellt hat."

---

**Quell-URL:**<https://www.liberale.de/content/freie-demokraten-wollen-gymnasien-unterstuetzen>